

**Protokoll**  
**über die 4. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur und**  
**Wissenschaft/Betriebsausschusses der Stadthalle**  
**am Dienstag, 21.06.2022**  
**im Literaturhaus Göttingen, Nikolaistr. 22, 37073 Göttingen**  
**Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr**

**Gemeinsamer Antrag der GöLinke-Ratsfraktion und der PARTEI und Volt-Ratsgruppe betr. "Zur Gedenktafel für Oppenheimer"**

**Vorlage: Inter/0637/22**

Herr Wucherpfennig verweist für die Antragstellenden darauf, dass sich der Ausschuss schon seit Jahren mit dem Thema Gedenktafeln beschäftige und er hoffe, dass zur nächsten Sitzung eine Vorlage der Verwaltung für ein Handlungskonzept zu den Erinnerungstafeln vorgelegt werden könne. Einer Diskussion zum Inhalt eines solchen Konzepts wolle er insofern nicht vorgreifen. Herr Wucherpfennig führt weiter aus, dass sich Oppenheimer nie ausdrücklich gegen Atomwaffen ausgesprochen habe. Deshalb müsse neben der bestehenden eine zweite Tafel mit einem differenzierteren Blick auf dessen Rolle hinsichtlich der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen angebracht werden. Diesbezüglich verweise er auf einen Vorschlagstext der Anti-Atom-Initiative (AAI), dem sich die GöLinke-Ratsfraktion und die PARTEI und Volt-Ratsgruppe anschließen könne.

Frau Krause verweist auf einen inhaltsgleichen Antrag, den dieser Ausschuss in seiner Sitzung im September 2021 diskutiert habe. Sie ergänzt, dass es im Rahmen dieser Diskussion eine Aufforderung an die Verwaltung gab, ein Gesamtkonzept zu Erinnerungstafeln und Erinnerungskultur zu erstellen. Frau Krause führt weiter aus, dass sich ein solches Konzept derzeit erarbeitet werde, dass auch Vorschläge zum Umgang mit bereits bestehenden Gedenktafeln auch im Zusammenhang mit der Kolonialgeschichte, der NS-Zeit und der jüngeren Geschichte beinhalten würde. Ergänzend verweise sie auf die Berichte der Verwaltung zur städtischen Erinnerungskultur aus der letzten Sitzung dieses Ausschusses. Es sei nicht zielführend, einzelne Personen im Vorfeld herauszugreifen. Sie halte einen solchen Antrag deshalb für verfrüht. Abschließend richtet Frau Krause die Bitte an den Ausschuss, der Verwaltung für die auch unter Beteiligung von externen Fachleuten laufende Erarbeitung dieses Konzept Zeit zu geben und einen Vorschlag für einen Handlungsrahmen zum Umgang mit ähnlich gelagerten Anträgen abzuwarten.

4/13

Herr Kawe schließt sich den Ausführungen von Frau Krause an. Er verweist darauf, dass der Ausschuss in fast jeder Sitzung über Denkmäler oder Erinnerungstafeln mit ähnlichen Problemstellungen diskutiert habe. Das von der Verwaltung bisher erarbeitete und vorgestellte Vorgehen gehe aus Sicht der CDU-Fraktion in die richtige Richtung. Seiner Ansicht nach müsse man neben Oppenheimer ggf. auch weitere Personen aus Forschung und Wissenschaft näher betrachten. Herr Kawe schlägt daher vor, den Antrag zurückzustellen und das Konzept abzuwarten. Der Ausschuss könne dann erneut über den Antrag beraten und sich damit befassen, wie mit der Person Oppenheimers umzugehen sei. Herr Kawe schließe sich Herr Wucherpfennig aber insofern an, dass ein solches Handlungskonzept nach der Sommerpause vorliegen solle.

Herr Wucherpfennig verweist darauf, dass in der Ausschusssitzung im September 2021 keine inhaltliche Diskussion darüber stattgefunden habe, ob eine zweite Gedenktafel mit

ergänzenden Informationen zu Oppenheimer angebracht werden solle. Er ergänzt, dass es beim damaligen Antrag lediglich um die Einholung eines zweiten Gutachtens ging. Dies habe der Ausschuss aus Sicht von Herrn Wucherpennig seinerzeit zurecht einstimmig abgelehnt.

Herr Siepman schließt sich den Ausführungen von Herrn Kawe und Frau Krause an. Er verweist darauf, dass es schwierig sei, Ehrungen einzelner Personen zu überprüfen und darüber zu entscheiden, ob ergänzende Tafeln angebracht werden sollten. Im Vorfeld müssten Eckpunkte definiert und Kriterien festgelegt werden, unter welchen Gesichtspunkten man solche Prüfungen vornehme. Herr Siepman führt weiter aus, dass die Entscheidungen des Ausschusses durch ein solches Vorgehen erleichtert und in der Öffentlichkeit für mehr Transparenz sorgen würden. Er schließe sich an, den Antrag in der heutigen Sitzung noch nicht abschließend zu beschließen.

Frau Dr. Sakowsky erklärt, dass die Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen den Ansatz der Verwaltung, ein Handlungskonzept abzuwarten, grundsätzlich begrüße. Sie schlage weiterhin vor, zukünftig alle und nicht nur die Gedenktafeln von umstrittenen Persönlichkeiten mit einem digitalen Link auszustatten. Es sei wichtig, Bürgerinnen und Bürgern wie Touristen nähere Information zum Leben der einzelnen Personen und ihren Bezug zu Göttingen bereitzustellen. Frau Dr. Sakowsky führt weiterhin aus, dass es nicht zu jeder Gedenktafel eine zweite mit ergänzenden Informationen geben müsse. Sie bitte aber darum, eine digitale Möglichkeit zu schaffen, um zusätzliche Informationen abrufen zu können. Zu jeder Gedenktafel existiere inzwischen ein Gutachten, das als Grundlage dafür dienen könne. Auf die Person Oppenheimers bezogen führt Frau Dr. Sakowsky weiter aus, dass ihre Fraktion bedenken habe, den Text der Anti-Atom-Initiative (AAI) als Grundlage für eine zweite Tafel zu nehmen. Dieser werde der komplexen Persönlichkeit von Oppenheimer als jüdischem Wissenschaftler zu dieser Zeit nicht gerecht.

Herr Frein steht dem Antrag positiv gegenüber. Er verweist darauf, dass sich die Person Oppenheimers sehr gut für eine differenziertere Betrachtung eigne. Es sei dabei ein pädagogisches Konzept notwendig, um verschiedene geschichtliche Persönlichkeiten und Ereignisse differenziert von allen Seiten zu beleuchten und die positiven wie negativen Aspekte herauszustellen. Herr Frein führt weiter aus, dass es sich bei Oppenheimer um einen Wissenschaftler handele, der große wissenschaftliche Leistungen vollbracht habe. Das Ergebnis sei allerdings die Atombombe gewesen. Zeit seines Lebens habe er sich dann nach seiner Kenntnis für eine Kontrolle von Atomwaffen eingesetzt, aber nicht für deren Abschaffung. Später habe er sein öffentliches Ansehen dafür geopfert, die Wasserstoffbombe zu verhindern. Herr Frein verweist darauf, dass gerade Schülerinnen und Schüler einen deutlichen Mehrwert aus einer differenzierten Betrachtung ziehen könnten. Gerade in Hinsicht auf die Corona-Pandemie sei die Frage zu stellen, welche Rolle die Wissenschaft in einem Staat in einer Krise spiele. Herr Frein stelle abschließend fest, dass ein neues Handlungskonzept eine wertvolle Diskussionsgrundlage für die Betrachtung von Personen wie Oppenheimer böte.

5/13

Herr Arnold schließt sich den beiden Vorredner\*innen an und er führt aus, dass es nicht ausreiche, nur ein Gesamtkonzept zu entwerfen. Die Beurteilung müsse auf die konkreten Einzelfälle bezogen werden. Er verweise dabei auf die Eröffnung des Forum Wissen, bei der unterschiedliche Personen und Gegenstände mit verschiedenen Zusatzinformationen im Fokus stehen würden. Herr Arnold führt weiter aus, dass so etwas in einer Stadt des Wissens gebraucht würde, damit eine lebendige Diskussion geführt werden könne. Er

fände es gut, Perspektiven auf geschichtliche Ereignisse nicht allgemein zu halten, sondern an konkreten Personen festzumachen. Die Form, ob mit Zusatztafeln oder QR Codes, müsse dann diskutiert werden.

Frau Güntzler verweist darauf, dass sie es grundsätzlich für schwierig halte, einzelne mit Tafeln gewürdigte Personen zu bewerten. Sie führt weiter aus, dass Bewertungen von verschiedenen Betrachtern je nach persönlicher Ansicht ganz unterschiedlich ausfallen könnten. Frau Güntzler ergänzt, dass sie es für gefährlich halte, Zusatztafeln anzubringen, deren Texte von einer eine bestimmte Meinung vertretende Person oder Organisation verfasst wurden und so eine bestimmte Richtung in der Betrachtung vorgeben würden. Sie halte den Vorschlag für gut, die Tafeln so zu belassen und mit einem zusätzlichen Link auszustatten. Darüber könne man dann Informationen über das Wirken der jeweiligen Person erhalten, um sich seine eigene Meinung zu bilden.

Frau Kalisch verweist darauf, dass es zu den Göttinger Gedenktafeln ein Buch mit biografischen Texten zu den jeweiligen Personen gebe und führt weiter aus, dass auch zu den Straßennamen eine Veröffentlichung verfügbar sei. Sie verweise in diesem Zusammenhang auf ihre Ausführungen der letzten Ausschusssitzung zur Einrichtung einer zentralen Internetpräsenz. Es sei geplant, biografische Angaben zu den einzelnen Personen zum Bestandteil der Website zur Erinnerungskultur werden zu lassen. Frau Kalisch ergänzt, dass man für die Umsetzung aber Zeit benötige, da im Vorfeld u. a. Verlags- und Urheberrechte geprüft werden müssten.

Frau Krause begrüßt die vielen Anregungen zum Handlungskonzept. Sie verweist darauf, dass die Vorschläge, das Konzept mit Verlinkungen weiterzufassen und damit einen digitalen Zugriff auf einzelne Personen zu ermöglichen, bereits in die Planungen eingeflossen seien. Frau Krause führt weiter aus, dass die Verwaltung eine Beschreibung über den Inhalt eines zukünftigen Konzepts bis zur nächsten Sitzung vorlegen könne. Ein fertiges Konzept sei bis dahin aber nicht leistbar.

Auf die Nachfrage von Frau Krause, teilt Herr Siepmann mit, dass er es begrüße, ein grobes Konzept zu erarbeiten, um dies dann durch die Möglichkeiten der Digitalisierung auf einzelne Personen herunter zu brechen.

Herr Kreuzer merkt an, dass aus seiner Sicht ein Rahmenkonzept zur Betrachtung von Geschichte immer eine Art Schablone sei, die man einzelnen Personen auflege. Deren Biografien könnten aber höchst unterschiedlich bewertet und müssten immer als Einzelfall betrachtet werden. Herr Kreuzer verweist darauf, dass durch ein bestimmtes Darstellen von Informationen immer auch eine Art von Bewertung erfolge.

Herr Kawe schlägt als Kompromiss vor, dass die Verwaltung zur nächsten Sitzung einen groben Rahmen des Konzeptes erstellen solle. Der Ausschuss könne dann darüber diskutieren, ob eher in Richtung ergänzender Erinnerungstafeln oder Online-Verweisen weitergearbeitet werden solle. Herr Kawe führt weiter aus, dass man den Antrag zu Oppenheimer bis zur endgültigen Erstellung des Konzeptes zurückstellen solle.

Auf Nachfrage von Frau Krause, ob der Antrag zurückgestellt werden soll, teilt Herr Wucherpfennig mit, dass er sich dem Vorschlag von Herrn Kawe anschließe, die Vorlage eines groben Konzeptrahmens abzuwarten. Danach könne man überlegen, wie es mit dem Antrag weitergehen solle. Ob in Form einer zusätzlichen Tafel oder mit digitalen Informationen müsse dann diskutiert werden. Herr Wucherpfennig verweist darauf, dass

der Antrag aber grundsätzlich aufrechterhalten bleiben solle.  
Der Antrag wird einstimmig zurückgestellt, bis ein endgültiges Handlungskonzept

6/13

der Verwaltung zu Erinnerungstafeln und Erinnerungskultur erstellt wurde. Die Verwaltung wird aufgefordert, zur nächsten Sitzung einen Fahrplan zu entwerfen, wie ein zukünftiges Konzept entwickelt werden soll.

-----  
Anschließend wird die Sitzung für Fragen der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner unterbrochen.

Die Bürgerin Frau Simmerling von der Anti-Atom-Initiative sieht vonseiten der Stadt eine große Zurückhaltung bezüglich der formulierten Kritik an Oppenheimer. Dies lasse sich aus einem Gespräch mit dem ehemaligen Oberbürgermeister Köhler ableiten. Dieser habe außerdem den Antrag der Initiative nicht an die Fraktionen weitergegeben. Frau Simmerling richtet die Frage an den Ausschuss, wie er zum Heldenmal an der Bonifatius-Schule stehe und womit Oppenheimer, der Hunderttausende Tote mit zu verantworten habe, eine solche Ehrung verdiene. Es müsse zusätzliche Informationen zu seiner Person geben, damit die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit für eine Auseinandersetzung hätten.

Frau Binkenstein verweist darauf, dass dem Ausschuss die Recherchen der Anti-Atom-Initiative zu Oppenheimer mitsamt der Kritik am Gutachten von Herrn Prof. Dr. Aufgebauer, vorliegen würden. Sie führt weiter aus, dass sich der gesamte Ausschuss damit befasst habe. Frau Binkenstein verweist auf die vorausgegangene Diskussion zum Antrag. Nach Erstellung des Konzeptes werde sich der Ausschuss wieder damit befassen. Herr Kawe verweist darauf, dass sich der Ausschuss einig sei, dass es erst eines Rahmenkonzeptes bedürfe. Es gehe nicht nur um die Person Oppenheimers, sondern auch um Ehrungen anderer Wissenschaftler\*innen. Der Wille des Ausschusses, sich damit auseinanderzusetzen sei ebenso vorhanden wie die Bereitschaft der Verwaltung, zusätzliche Information zu diesen Personen zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen des Konzeptes würde dann festgelegt, wo und wie diese zusätzlichen Informationen zugänglich gemacht würden.

Herr Frein verweist darauf, dass die pädagogische Betrachtung wichtig sei und er eine differenzierte Auseinandersetzung begrüße. Er unterstütze es, den Schulen zusätzliche Information zugänglich zu machen. Herr Frein führt weiter aus, dass Gedenktafeln ihre Daseinsberechtigung hätten. Insgesamt sei dies ein schwieriges Thema. Oppenheimer gehörte zu einer Generation von Physikern, die maßgeblich zum heutigen Verständnis von Naturwissenschaft beigetragen hätten. Man dürfe eine so relevante Persönlichkeit für die Geschichte der Wissenschaft nicht ignorieren, sondern müsse sie differenziert betrachten. Herr Frein verweist darauf, dass man sich auf die Verwaltung und die Universität verlassen könne, dass sämtliche Informationen neutral aufgearbeitet würden.

Er gehe davon aus, dass am Ende eine Betrachtung zu Oppenheimer stehe, die von allen Seiten mitgetragen werden könne.

Der Bürger Herr Melchior stellt die Frage, ob sich der Ausschuss darüber bewusst sei, dass diese Tafeln Ehrungen seien und keine reinen Informationstafeln. Die dazugehörigen Gutachten seien so angelegt, dass sie in allen Fällen zu einem positiven Schluss kämen, sodass jede zu beurteilende Person eine Tafel verdient habe. Das Gutachten zu Oppenheimer würde zudem inhaltliche Fehler enthalten. Er führt weiter aus, dass Oppenheimer die umstrittenste Person sei, der solch eine Ehrung zu Teil wurde. Frau Binkenstein verweist darauf, dass es sich um keine Auftragsgutachten handele, die

12/13

zum Ziel hätten, die jeweilige Persönlichkeit positiv zu beurteilen. Sie führt weiter aus, dass es bereits Anträge zu Gedenktafeln gab, die abgelehnt wurden. Frau Binkenstein warne davor, Prof. Dr. Aufgebauer eine oberflächliche Begutachtung zu unterstellen und seine Integrität anzuzweifeln. Dies könne ehrenrührig sein und Konsequenzen nach sich ziehen. Sie merkt an, dass sie selber nicht beurteilen könne, ob seine Arbeit falsche Fakten oder Aussagen enthalte.

Herr Kreuzer widerspricht der Darstellung von Herrn Melchior und verweist darauf, dass der Ausschuss die Person Oppenheimer kontrovers und gewissenhaft diskutiere. Er führt weiter aus, dass man den Anspruch habe, dieser Thematik gerecht zu werden. Aus seiner Sicht handele es sich bei den Tafeln nicht um einseitige Ehrungen, sondern um eine Würdigung in Form einer präsenten Nennung. Herr Kreuzer verweist auf das Vorhaben, zusätzliche Informationen bereitzustellen. Dies sei für die Verwaltung aber mit einem großen Aufwand verbunden. Der Anspruch sei, die Göttinger Geschichte mit all ihren Persönlichkeiten abzubilden. Herr Kreuzer formuliert die Bitte, dem Ausschuss die notwendige Zeit zu geben, in aller Sorgfalt und Ruhe über diese Angelegenheit zu beraten. Es gäbe keinen Anlass zum Misstrauen.

Herr Siepmann verweist darauf, dass es sich bei den Tafeln um Gedenktafeln und nicht um Ehrentafeln handele. Mit diesen Tafeln würde die Möglichkeit geschaffen, sich aktiv mit den genannten Persönlichkeiten zu beschäftigen. Herr Siepmann führt weiter aus, dass man Geschichte nicht schwarz-weiß, sondern in all ihren Grautönen betrachten müsse. Eine angemessene historische Bewertung ließe sich nicht mit wenigen Sätzen auf einer zusätzlichen Tafel darstellen.

Herr Klasen verweist darauf, dass er sich den Aussagen von Herrn Kreuzer anschließe. Der Ausschuss sei sich darüber einig, dass es sich bei Oppenheimer um eine umstrittene Persönlichkeit handele, über die diskutiert werden könne. Herr Klasen warne aber davor, das wissenschaftliche Gutachten von Prof. Dr. Aufgebauer inhaltlich infrage zu stellen. Auf den Hinweis vom Bürger Herr Melchior, dass bereits seit dem Jahr 2016 über ein diesbezügliches Konzept diskutiert würde, verweist Frau Kalisch darauf, dass man die derzeit geltenden Richtlinien zur Vergabe von Gedenktafeln im Jahr 2017 festgelegt habe. Auf die Frage von Bürgerin Frau Simmerling, warum ihre Bürgerinitiative zu ihrer Anfrage von den Fraktionen keine Eingangsbestätigung erhalten habe, verweist Herr Beck darauf, dass dies unüblich sei. Frau Binkenstein teilt mit, sie würde die Anfrage an die Geschäftsstelle ihrer Fraktion weitergeben.

---